



**Programm des
RSB / IV. Internationale**

Vorwort

Am 15./16. Oktober 1994 haben Delegierte aus über 20 Städten den Revolutionär Sozialistischen Bund / IV. Internationale (RSB) auf einer Konferenz in Mannheim gegründet.

Der RSB ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält die grundlegenden Probleme der Welt - Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Verarmung und Hunger - im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar.

Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der Revolutionär Sozialistische Bund alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten.

Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter.

Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Auf den folgenden Seiten legt der RSB Rechenschaft über seine programmatischen Grundlagen ab. Der vorliegende Text wurde von der 3. Delegiertenkonferenz des RSB am 9. und 10. November 1996 diskutiert und beschlossen. Kritik an diesem Programm und Anregungen für die weitere Diskussion sind ausdrücklich erwünscht.

Politisches Sekretariat des RSB (29. April 1997)

Die sozialistische Alternative

Gleißende Einkaufszentren mit üppigem Angebot gaukeln allgemeinen Wohlstand vor. Tatsächlich existieren heute die Mittel, ein menschenwürdiges Leben frei von Not für alle auf dieser Erde zu sichern. Es müßten nur die vorhandenen Ressourcen gleich verteilt und im gesellschaftlichen Interesse rational genutzt werden. Doch auch in den reichen Ländern steigen Massenarbeitslosigkeit, Armut und Obdachlosigkeit, sinken die Reallöhne. Selbst dieser Lebensstandard beruht teilweise auf der Ausbeutung der wirtschaftlich unterentwickelten Welt.

Dort breitet sich das Elend aus. Hunger und heilbare Krankheiten verursachen im Frieden ein Massensterben, das jährlich ebenso viele Tote wie ein Kriegsjahr im Zweiten Weltkrieg fordert. Einige dieser Länder sind schon in die Barbarei versunken und halten anderen den Spiegel ihrer Zukunft vor. Diese zunehmend in die Krise geratene kapitalistische Weltwirtschaftsordnung kann nur mit Gewalt aufrechterhalten werden. Sie wird notfalls mit brutaler Diktatur oder militärischer Intervention verteidigt.

Durch dieses System werden die Rohstoffe geplündert, und die Umwelt wird rücksichtslos vergiftet. Wenn es nicht gelingt, die im Kapitalismus anarchisch, irrational und häufig schädlich wirkenden Produktivkräfte zu kontrollieren und ihrer Entwicklung eine gesellschaftlich nützliche Richtung zu verleihen, werden sie die natürlichen Lebensgrundlagen der menschlichen Existenz zerstören.

Der Kapitalismus tanzt auf dünnem Eis und gibt nicht einmal vor, die existentiellen Probleme der Menschheit lösen zu können. Er verwaltet sie nur und befindet sich darum in einer ausweglosen Legitimationskrise. Wer will, daß die Welt bleibt, wie sie ist, will nicht, daß sie bleibt. Darum wollen wir beginnen, die Welt zu verändern und für eine neue Gesellschaft zu kämpfen. Wir wollen immer und überall, ohne Ausnahme gegen alle Formen der Entfremdung, der Unterdrückung und der Ausbeutung von Menschen angehen. Da dies am wirksamsten in einer politischen Organisation möglich ist, haben wir uns im Revolutionär Sozialistischen Bund / IV. Internationale (RSB) zusammengeschlossen.

1996 erlebten wir in der Bundesrepublik einen gewissen Aufschwung an Aktivitäten zur Abwehr des fortgesetzten und verschärften sozialen Kahlschlags. Dabei haben sich zwar eine ganze Reihe von Basisaktivitäten entwickelt, in der Gesamtheit allerdings wirkten sie recht bescheiden im Vergleich zu den Mobilisierungsmöglichkeiten, die heute die Gewerkschaften in der BRD immer noch haben. Ihnen kommt deswegen eine besondere Verantwortung zu. Dieser Verantwortung sind die Führungen der meisten

Einzelgewerkschaften und vor allem des DGB in keiner Weise gerecht geworden. Die Gefahr bleibt, daß nicht nur der weiteren Umverteilung von unten nach oben kein wirksamer, ausreichender Widerstand entgegengesetzt wird. Es verschärft sich auch die Krise der Gewerkschaften, weil die Gewerkschaftsbürokratie mit ihrer fortgesetzten Orientierung auf einen Konsens mit Kabinett und Kapital die Mitglieder entwaffnet und der Politik der Umverteilung von unten nach oben weitgehend tatenlos zusieht. Wir stellen deswegen nicht nur die Ausbeuterordnung in dieser Republik in Frage, wir bekämpfen auch die Gewerkschaftsbürokratie, weil sie als Koloß mit eigenen materiellen Interessen die Gewerkschaften zu erdrücken droht. Die Machtlosigkeit der einzelnen Mitglieder kann deshalb in massenhafte Resignation und Abwendung von den Gewerkschaften umschlagen. Dies wäre ein verheerender Schlag für die Arbeiterbewegung, die heute in der BRD keine Massenpartei zur Vertretung ihrer Interessen hat.

Zur erfolgreichen Gegenwehr und zur wirksamen Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse müssen die Gewerkschaften von den Mitgliedern (zurück)erobert und zu einem Kampfinstrument gemacht werden.

Der Zusammenbruch der bürokratisierten Übergangsgesellschaften im Osten

Der Kapitalismus überlebte die bürokratisierten Übergangsgesellschaften im Osten, die aus dem Niedergang der Oktoberrevolution entstanden. In ihnen hatte eine Bürokratie die Staatsmacht durch die Herrschaft einer zentralistisch geführten Partei übernommen und eine Diktatur über das Proletariat errichtet. Die Last eines gigantischen Repressions- und Militärapparates, die strikt reglementierte Gesellschaft und Wirtschaft mit unglaublicher Verschwendung führten zur Fesselung der Produktivkräfte, die sich am Ende nicht mehr weiter entwickelten. Darum waren diese Gesellschaften zum Untergang verurteilt. Am Ende war fast niemand mehr da, der sie verteidigte. Nach der siegreichen Oktoberrevolution 1917 in Rußland blieb die erste Räte-demokratie isoliert.

Isolierung, wirtschaftliche Rückständigkeit und weitgehende Vernichtung der revolutionären Arbeiterklasse durch jahrelangen Bürgerkrieg ermöglichten die Machtübernahme durch die Partei- und Staats-

stischen Bürokratie. Sie zögerte nicht, revolutionäre Bewegungen zu unterdrücken. Wenngleich die Existenz der nichtkapitalistischen Staaten dem Imperialismus Fesseln anlegte, so konnte dem Imperialismus doch keine entscheidende Niederlage zugefügt werden.

Die Bürokratie entwickelte materielle Eigeninteressen, wurde zu einem Hindernis für die revolutionäre Entwicklung und sogar zum Träger der Konterrevolution und Restauration des Kapitalismus. Heute sind die Länder der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas Übergangsgesellschaften in Richtung Kapitalismus. Planwirtschaft und das Monopol des Außenhandels als Schutz gegen den Einfluß des Weltmarktes sind verschwunden, das öffentliche Eigentum wird privatisiert. Die Funktion des Staates in dieser Phase ist es, die Wirtschaft im Interesse der Neureichen zu regulieren und die Bedingungen für die Einführung der Marktwirtschaft zu schaffen. Die atomisierte, entmündigte und terrorisierte ArbeiterInnenschaft war durch Jahrzehnte der Unterdrückung entpolitisiert und unorganisiert. So blieb beim Untergang des Stalinismus eine politische Revolution aus, die die herrschende Bürokratie gestürzt, die Arbeiterdemokratie eingeführt und gleichzeitig die nichtkapitalistischen Grundlagen verteidigt hätte. Doch damit ist nicht das Ende der Geschichte, sondern eine Phase eingeleitet, in der der Sturz des Kapitalismus notwendiger denn je ist.

Spätkapitalismus

Der Kapitalismus hat das Problem der ungleichmäßigen Entwicklung mit Phasen von Booms und Krisen nicht gelöst. Die "goldenen Jahrzehnte" der 50er und 60er Jahre mit weitgehender Vollbeschäftigung und ständig wachsenden Realeinkommen sind längst Geschichte. Der technische Fortschritt führt weiterhin zur raschen Entwicklung der Produktivkräfte. Sie wachsen rascher als die Masseneinkommen mit der Folge stetig größerer Massenerwerbslosigkeit. Gleichzeitig sind die nationalen Grenzen durch das Kapital längst gesprengt worden, ohne daß bisher neue übernationale Staaten entstanden wären.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde durch eine Reihe von Abkommen eine neue Weltwirtschaftsordnung durch wenige Staaten im Interesse von ein paar hundert multinationalen Konzernen gestaltet. Der Handel untereinander wird durch Zölle oder Schutzmaßnahmen (Qualitätsnormen, "freiwillige Selbstbeschränkungen", Kontingente) wenig behindert, der Zugang vieler Agrarprodukte und billiger Industriewaren aus Osteuropa und der sogenannten Dritten Welt jedoch eingeschränkt oder unterbunden.

Während die internationale Freizügigkeit der Menschen zunehmend eingeschränkt wird, vagabundiert vor al-

lem das Finanzkapital unkontrolliert um den Globus und läßt sich nur dort nieder, wo günstige Bedingungen für hohe Profite garantiert werden. Dadurch wurde ein Prozeß eingeleitet, in dem alle Teile der Welt noch mehr miteinander konkurrieren. Vom Kapital werden die unterschiedlichen Bedingungen zu einem scharfen Druck auf Lohn und Sozialleistungen sowie zur Deregulierung der Arbeitsbedingungen mit dem Ziel ausgenutzt, das bestehende sozialstaatliche System zu zerstören. Angestrebt wird eine neue internationale Arbeitsteilung, die arbeitsintensive Produktion in "Billiglohnländer" verlagert.

Allerdings: Für den weitaus größten Teil der Unternehmen ergibt eine Verlagerung der Produktion in die sogenannte Dritte Welt keinen betriebswirtschaftlichen Sinn. Dort fehlen nicht nur entscheidende Bedingungen der materiellen Infrastruktur und der Ausbildung der Ware Arbeitskraft. Es fehlen vor allem ausreichende Absatzmärkte. Denn auch bei verkürzten Transportzeiten und künstlich niedrig gehaltenen Transportkosten bleiben dies gewichtige Faktoren der Preisbildung. Somit dient das Trommelfeuer in Sachen des jeweiligen nationalen Standortes im wesentlichen der Erpressung von Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften. Die Werktätigen sollen immer mehr für immer weniger arbeiten.

Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich verändert, und es werden derzeit vorrangig defensive Kämpfe geführt. Doch die Gegensätze werden sich in absehbarer Zeit zuspitzen. Wenn es keine organisierte Gegenwehr und keine Solidarität gibt, werden nationalistische und faschistische Strömungen erstarben und autoritäre Lösungen der Widersprüche suchen. Der gesamten Welt droht der Absturz in die Barbarei, wenn keine demokratische und sozialistische Massenbewegung weltweit geschaffen werden kann. Der Aufbau einer politischen und organisatorischen Alternative ist darum das Gebot der Stunde.

"Klassenkampf von oben"

Das deutsche Kapital will seine internationale Position stärken. Zu diesem Zweck wird das "Modell Deutschland", das heißt der sozialpartnerschaftliche Ausgleich mit den Gewerkschaften, zunehmend zugunsten einer Politik der Konfrontation aufgegeben. Seit Anfang der 80er Jahre werden soziale Rechte massiv abgebaut, und das Kapital erringt seit Anfang der 90er Jahre im "Klassenkampf von oben" fast kampflos einen Sieg nach dem anderen. Die Folge war eine beträchtliche Steigerung der Profite. Seit Mitte der neunziger Jahre halten Kapital und Regierung die Zeit für reif, die neoliberale Wende konsequent durchzusetzen.

Der "Klassenkampf von oben" erfolgt im Interesse einer winzigen Schicht des Kapitals, die nur etwa 300 000 Menschen zählt. Die Hälfte davon lebt in einem Freizeitpark mit unglaublichem Luxus. Sie tut buchstäblich nichts und verpraßt die Erträge ihres Kapitals. Unterstützt wird das Kapital jedoch durch das Kleinkapital in Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Dienstleistungen - etwa ein Zehntel der Erwerbstätigen - sowie durch das Leitungspersonal in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Sie stellen etwa 4% der Erwerbsfähigen und werden hoch bezahlt. Im Interesse dieser Oberschichten wird Politik gemacht. Über 85% der Erwerbsfähigen sind hingegen lohnabhängig oder sozial ausgegrenzt.

Über die Hälfte aller Einkünfte entfällt auf das Kapital, seine kleinbürgerliche Basis und sein Leitungspersonal. Die Vermögen sind noch ungleicher verteilt. Knapp zwei Drittel der Menschen in der Republik sind vermögenslos und haben weder Wohneigentum noch nennenswerte Reserven. Das Produktivvermögen konzentriert sich auf Kapital und Leitungspersonal, und das zu sehr ungleichen Teilen. Das Kleinkapital hat keinen großen Einfluß auf die Organisation der Wirtschaft.

Neoliberale Wirtschaftspolitik

Dieses spätkapitalistische Wirtschaftssystem ist nur durch staatlichen Schutz und Förderung lebensfähig. Ganze Bereiche wie die Landwirtschaft, die Wohnungswirtschaft oder der Kohlebergbau, existieren sogar nur dank massiven staatlichen Subventionen. Bei formal progressiver Besteuerung ist die Bundesrepublik durch Gesetzgebung und Tolerierung der Steuervermeidung zu einem Steuerparadies für die Reichen geworden. Durch Subventionen - über ein Zehntel des Volkseinkommens - und aus Profiten staatlicher Aufträge erhält das Kapital sogar mehr als es an Steuern zahlt. Der Staat ist eine Umverteilungsmaschine, die die Massen belastet, um den Reichen zu geben. Die Kosten des Staatsapparates und die Sozialleistungen werden ausschließlich von den Werktätigen bezahlt. Die Folge sind gigantische Profite, die aber nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern vor allem in Immobilien und in der Spekulation angelegt werden.

Die Wirtschaftspolitik dient allein den Interessen des Kapitals. Exemplarisches Beispiel dafür ist Ostdeutschland. Das "Volkseigentum" der DDR wurde in einem der größten Raubzüge der Geschichte Deutschlands entschädigungslos enteignet und dem westdeutschen Kapital faktisch kostenlos und zudem mit hohen Zuschüssen übergeben. Was die Kapitalisten nicht über-

nehmen wollten, wurde einfach liquidiert. Über ein Drittel der ostdeutschen Arbeitsplätze ist verschwunden. Die sozialen Kosten dieses Anschlusses tragen das Sozialsystem und die öffentliche Hand. Entindustrialisierung und Massenerwerbslosigkeit - insbesondere die Verdrängung der Frauen und Jugendlichen aus dem Erwerbsleben - sind die Folgen. Die Werktätigen in Ostdeutschland sind durch niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen, durch Verunglimpfung ihrer Kultur und eigenständigen Entwicklung diskriminiert. Dies kann Grundlage unfruchtbarer Nostalgie, aber auch fortschrittlicher Bewußtseinsbildung werden. Es bleibt Aufgabe, die Einheit der arbeitenden Klasse beider Teile dieses Landes in solidarischen Kampf herzustellen.

Die im Neoliberalismus verkörperte Ideologie der Marktremisten hat sich weltweit durchgesetzt, auch in der Sozialdemokratie und bei den Grünen. Sie strebt die Entfesselung des Kapitalismus von allen gesellschaftlichen Bindungen und Regelungen an und will Staat und Gesellschaft entsprechend gestalten. Unter dem Vorwand der Senkung des Anteils öffentlicher Ausgaben am Volkseinkommen (Staatsquote) soll der erst seit den fünfziger Jahren aufgebaute "Sozialstaat" demontiert, und die Lohnkosten sollen drastisch gesenkt werden. Tatsächlich werden nur die Sozial- und Bildungskosten gesenkt, die Kosten der Zerstörung der Umwelt oder des Verschleißes der Arbeitskraft aber der Gesellschaft aufgebürdet. Ähnlich ist es mit den geschäftlichen Risiken und den Kosten der Entwicklung neuer Techniken, die der Gesellschaft aufgeladen werden. Mit hohen Kosten wird ein starker Staat aufgebaut, der die Interessen des Kapitals weltweit militärisch durchsetzen, soziale Unruhen unterdrücken und die Umverteilung von unten nach oben organisieren soll.

Das vereinte Europa soll ein neoliberales Europa sein. Über die Kriterien von Maastricht (Senkung der Staatsausgaben durch Begrenzung des Haushaltsdefizits und der öffentlichen Schulden, Preisstabilität) wird diese Politik vertraglich vorge-schrieben und durch die Unabhängigkeit der Zentralbanken abgesichert. Diese Politik wird von Regierungsspitzen in einem undurchschaubaren Prozeß ausge-handelt und durch die Kommission umgesetzt. Es gibt nicht einmal den Anschein einer parlamentarischen Kontrolle.

Die Folgen sind sinkende Reallöhne und Sozialeinkommen sowie wachsende Armut. Dieser Prozeß hat erst eingesetzt und wird durch die Politik der Deregulierung aller Arbeitsbedingungen rasch vorangetrieben. Insbesondere soll der Arbeitsmarkt gespalten werden in noch relativ gut bezahlte Stammebelegschaften von SpezialistInnen und Leitungspersonal und die Masse der übrigen Beschäftigten, deren Einkommen stark sinken soll.

Die sozialen Konflikte werden sich infolge dieser Politik in naher Zukunft zuspitzen und meist Verteidigungskämpfe der Betroffenen sein. Ob sie im Interesse der Werktätigen ausgetragen werden, hängt davon ab, ob der Widerstand organisiert und erfolgreich gekämpft wird, ob es dafür Organisationen gibt. Die Festung Europa, die gegen die Armut aus dem Süden und dem Osten sowie gegen politische Flüchtlinge und Folteropfer dicht gemacht werden soll, ist nicht das Europa der Werktätigen. Wir lehnen die "Kriterien von Maastricht" zur Einführung der gemeinsamen Währung ab. Wir wollen offene Grenzen für alle Menschen, und wir wollen die internationale gewerkschaftliche und politische Zusammenarbeit der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die Interessen des Kapitals und der etablierten Parteien.

Frauenunterdrückung

Alle Klassengesellschaften sind patriarchale Gesellschaften, in denen Frauen unterdrückt und diskriminiert werden. Diese Diskriminierung wurde auch im "realen Sozialismus" fortgeführt. Das Recht auf Arbeit war für Frauen durchgesetzt, sie arbeiteten aber besonders in minder bezahlten Erwerbszweigen, so daß ihr Einkommen um ein Drittel niedriger als das der Männer lag.

Generell steigt die Erwerbstätigkeit der Frauen. Dieser Trend wird durch die Krise verstärkt, weil sinkende Realeinkommen der Familie durch Arbeitseinkommen der Frau ausgeglichen werden sollen, was vor allem durch Teilzeitarbeit und ungeschützte Arbeitsverhältnisse erreicht wird. Dabei wird Frauenarbeit zur Deregulierung des Arbeitsmarktes genutzt. Nur ein Viertel aller erwerbstätigen Frauen verdient mehr als das Existenzminimum.

Die Verdrängung der Frauen aus regulären Arbeitsverhältnissen ist vor allem in Ostdeutschland vorangetrieben worden. Verstärkt wird dies durch Schließung und Verteuerung von Kindergärten und -horten und durch Einschränkungen beim Schwangerschaftsabbruch. Zusätzlich wird versucht, Frauen in den familiären, möglichst kostenlosen Pflegedienst abzudrängen. In sozialen Krisenlagen wächst überdies die Aggressivität, die sich besonders in Gewalt gegen Frauen und Kinder niederschlägt. Dennoch werden Selbsthilfeeinrichtungen abgebaut.

Die "Frauenfrage" ist nicht nur, aber auch eine Klassenfrage. Während der bürgerliche Feminismus für die stärkere Teilhabe von Frauen an privilegierten Positionen eintritt, knüpft der sozialistische Feminismus an den politischen und sozialen Interessen der großen Mehrheit der Frauen an und kämpft für die soziale Gleichberechtigung als Voraussetzung der Befreiung

der Frau. Das erfordert auch die Selbstorganisation der Frauen als Teil des Kampfes aller Unterdrückten gegen ein ungerechtes gesellschaftliches System.

Aber neben dem aktiven Kampf für die soziale Gleichstellung der Frauen engagieren wir uns im Kampf gegen patriarchale Strukturen und Verhaltensweisen, auch in den Reihen der Arbeiterbewegung. In den Gewerkschaften ist die Herstellung von Gleichberechtigung über die ersten Anfangserfolge nicht hinausgekommen. Und in der Familie und den Partnerschaften sind Frauen immer noch zum allergrößten Teil doppelt belastet. Bequeme, frauenfeindliche Verhaltensweisen der Männer müssen bereits unter kapitalistischen Bedingungen bekämpft werden. Auch wenn die Befreiung der Frau dort noch nicht möglich ist, so ist sie doch kein automatisches Ergebnis einer sozialistischen Umwälzung. Wir vertreten die feste Überzeugung:

Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau.

Wir fordern deshalb:

- **Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper, freie Entscheidung für oder gegen Schwangerschaft. Völlige Abschaffung des § 218.**
- **Selbstorganisation von Frauen für gemeinsame Angelegenheiten, Bildung von Frauenkomitees in Betrieben und Einrichtungen mit Einspruchsrecht in sie betreffende Fragen.**
- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.**
- **Ausbau der Rechte der Frauenausschüsse.**
- **Quotierte Stellenbesetzung aller qualifizierten Arbeitsplätze.**
- **Quotierte Wahl von Frauen in Gewerkschaftsvorstände und Tarifkommissionen. Dies würde es erleichtern, frauenspezifische Forderungen in den Vordergrund zu rücken, z. B. die Abschaffung von sogenannten "Leichtlohngruppen".**
- **Kinderbetreuung bei allen gewerkschaftlichen Gremiensitzungen und Tagungen.**
- **Ausbau der Kindertagesstätten und Krippen. Kostenlose ganztägige Kinderbetreuung.**

Blindlings in die Katastrophe

Menschen haben zu allen Zeiten in die Natur eingegriffen, um ihr Leben zu sichern und die Umwelt bewußt nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Die Geschichte der bisherigen Klassengesellschaften zeigt aber ebenso, daß nicht nur Menschen, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen ausgebeutet werden und Hochkulturen Wüsten hinterlassen haben.

Besonders der Kapitalismus hat die menschlichen und natürlichen Ressourcen rücksichtslos ausgebeutet. Der kurzsichtige Raubbau an der Natur bedroht das Überleben künftiger Generationen. Auch der Stalinismus mit seinen technokratischen Allmachtsphantasien bot keine glaubhafte Alternative. Um den ökologischen Kollaps zu verhindern, reicht es nicht, persönlich "bewußt im Einklang mit der Natur" zu leben oder kritischen Konsum zu predigen. Wer die soziale Frage und den Kapitalismus ignoriert, wer die reaktionär-utopische Losung "zurück zur Natur" aufnimmt, endet bestenfalls beim Einkauf biologischer Hülsenfrüchte.

Schlimmer noch ist, daß die ökologische Frage immer mehr von rechten IdeologInnen vereinnahmt wird. Unter den Losungen von "Ganzheitlichkeit und Harmonie mit der Mutter Erde" tummeln sich inzwischen die verschiedensten Formen der esoterischen Verblödung und verbreiten ein emanzipationsfeindliches, elitäres Menschenbild. Eine radikal-ökologische Bewegung muß deshalb die wirtschaftlichen Interessen des Kapitals in Frage stellen, die Aufhebung der privatwirtschaftlichen Verfügung über die Umwelt wollen und das Problem in den internationalen Zusammenhang stellen.

Die meisten Rohstoffe werden in zwei Generationen aufgebraucht sein. Dennoch werden sie bedenkenlos vergeudet. Durch die industrialisierte Produktion und den Verkehr werden Luft, Wasser und Erde in beängstigendem Tempo vergiftet und damit die Lebensgrundlagen jeglicher Kreatur zerstört. Fast unbemerkt, weil als militärisches Geheimnis gehütet, beschleunigen Rüstung und Kriege die Entwicklung. Die Technik wird nicht nach humanen, sondern nach Profitbedürfnissen entwickelt und produziert Monster wie die Atomtechnik, deren "friedliche" Produktion allein schon ein untragbares Risiko darstellt.

Gesellschaftliche Probleme können nicht durch den Appell an Konsumverzicht gelöst werden, der letztlich gegen den Massenkonsum agiert und den Luxusverbrauch ignoriert. Die Produktions- und die Lebensweise sind grundlegend und umgehend zu ändern. Das ist im Kapitalismus unmöglich, der allein schon darum beseitigt werden muß.

Besonders in der Bundesrepublik stellt sich die ökolo-

gische Frage als drängendes Problem, weil mit öffentlichen Subventionen rücksichtslos eine umweltzerstörende Technik forciert wurde und wird. Das Land ist mit Atomkraftwerken gepflastert, deren Müll nirgendwo sicher gelagert werden kann. Gefährliche Chemiebetriebe produzieren in Ballungszentren. Gifte am Arbeitsplatz und in Lebensmitteln gefährden massenhaft Gesundheit und Arbeitsfähigkeit. Das Land ist zerschnitten von Schnellstraßen mit hohem Verkehrsaufkommen. Gefährlicher Müll wird möglichst exportiert. Die Gegenkräfte sind geschwächt, seit die Grünen keine radikale ökologische Partei und folglich selbst programmatisch keine Alternative mehr sind. Die etablierten Parteien blocken jede tiefgreifende Maßnahme mit dem Argument ab, damit würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit untergraben und die Erwerbslosigkeit wachsen. So werden selbst winzige Verbesserungen verhindert oder rückgängig gemacht.

Radikale Wende in der Umweltpolitik

Ohne grundlegende Eingriffe in die Produktion und Entwicklung neuer Techniken, ohne Beseitigung des Luxuskonsums der Reichen, ohne bewußt verändertes Konsumverhalten und Beschränkung auf das gesellschaftlich Notwendige wird es keine Wende in der Umweltpolitik geben. Um das zu bestimmen, bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Diskussion und demokratischen Entscheidung. Wir lehnen jede Ökodiktatur ab. Eine Ökosteuer würde nur den Massenkonsum verteuern, zumal sie die Erzeugerländer in der sogenannten Dritten Welt zur Produktionssteigerung und Verbilligung ihrer Preise treibt.

In diesem Sinne fordern wir:

- **Stillegung der Atomkraftwerke, Förderung regenerativer Energien und Stopp der Energievergeudung.**
- **Drastische Senkung des Verpackungs- und sonstigen Mülls.**
- **Einstellung gefährlicher Produktionstechniken und Produktlinien sowie drastische Verminderung der Umweltbelastung am Arbeitsplatz.**
- **Stoffflußkontrollen aller Grundstoffe und Abschaffung gefährlicher Arbeitsbedingungen.**

Nicht zuletzt treten wir für eine radikale Wende in der Verkehrspolitik ein: Eine umfassende Raumordnungspolitik muß unter Beteiligung aller Betroffenen entwickelt werden, um die täglichen Zielbewegungen zu verkürzen und sie soweit möglich zu Fuß erledigen zu können. Der kostenaufwendige und gesellschaftlich wie ökologisch extrem schädliche motorisierte Individualverkehr muß um mindestens 80% reduziert werden, um damit die Lebensqualität der großen Masse der Bevölkerung deutlich zu erhöhen und die Umwelt vor dem Infarkt zu bewahren. Dazu braucht es einen gesellschaftlichen Plan zur Ausdehnung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Dies ist ohne einen Eingriff in die Besitzverhältnisse nicht möglich.

Aber auch weitere Maßnahmen zur Steuerung des Verkehrs sind dringend erforderlich:

- **Kostenloser öffentlicher Verkehr, bedient durch ein dichtes Netz.**
- **Kein Fernlastverkehr auf der Straße.**
- **Kein inländischer Flugverkehr.**
- **Volle Besteuerung des Flugbenzins.**
- **Verbesserung des Schienennetzes und Reaktivierung stillgelegter Strecken.**
- **Kein Bau von ökologisch unsinnigen Projekten wie Transrapid und Berliner Tunnel.**

Die sozialistische Wirtschaft wird ökologisch sein, oder sie wird nicht sein!

Heute schon gilt es, in den Reihen der Arbeiterbewegung eine Propaganda für eine ökologische Wirtschaftsweise zu entwickeln. Nicht weil wir meinen, daß wir diese in der kapitalistischen Gesellschaft durchsetzen könnten, sondern weil das Bewußtsein für die uns allen drohenden Gefahren geschärft werden muß. Es geht auch darum, heute schon mobil zu machen gegen besonders schädliche Produktionsverfahren und die Vergeudung nicht erneuerbarer Ressourcen. Nur wenn der Kampf um die Köpfe - etwa beim Individualverkehr - wenigstens ansatzweise gewonnen wird, werden wir gesellschaftliche Verhältnisse schaffen können, die nach einer Ablösung dieses Systems auch ein ökologisches Umsteuern ermöglichen.

Ein weiteres Abwarten kann sich die Menschheit nicht leisten. Die Zeit drängt. Und weil sie drängt, muß den Herrschenden das Zepter aus der Hand genommen

werden, denn der Appell für Konsumverzicht wird weder an der globalen Tendenz der Zerstörung der Lebensgrundlagen etwas ändern, noch wird es etwa die Herrschenden "zur Besinnung" bringen und den naturwüchsigen Drang des Kapitals zur Profitmaximierung eindämmen.

Deutsche Soldaten - weltweit ?

Nach Völkerrecht und UN-Charta ist die "Drohung mit Gewalt und die Anwendung von Gewalt" zwischen Staaten verboten, ausgenommen im Falle der Selbstverteidigung. Die USA, Frankreich und andere imperialistische Staaten behaupten folglich, in Notwehr oder Nothilfe zu handeln, wenn sie in fremde Länder einmarschieren.

Faktisch verteidigen sie in solchen Fällen die von ihnen organisierte Weltwirtschaftsordnung oder imperialistische Interessen. Diese fordern die Öffnung der Märkte der wirtschaftlich unterentwickelt gehaltenen Länder, die Verhinderung ihrer Zersplitterung und Regionalisierung, die ungehinderte Ausbeutung ihrer Rohstoffe, Garantie für Investitionen und freien Transfer des Kapitals. Das wird mit wirtschaftlichem Druck wie Schuldenpolitik, Handelsbeschränkungen, Wirtschaftskrieg, Boykott und Kreditsperre, notfalls auch mit militärischen Mitteln erzwungen.

Die Konkurrenz multinationaler Konzerne und vor allem imperialistischer Staaten ist nicht aufgehoben. Doch haben diese Instrumente geschaffen, mit denen sie ihre Interessen gemeinsam durchsetzen können. Durch die Welthandelsorganisation WTO werden die Regeln des Welthandels bestimmt. Weltbank und Weltwährungsfonds steuern durch Kreditpolitik und damit verbundene Auflagen die Wirtschaftspolitik der wirtschaftlich abhängigen Länder. Über die UNO werden Sanktionen legitimiert.

Sie alle sind Instrumente imperialistischer Politik. Insbesondere die UNO ist die Vereinigung der herrschenden Klassen und Machthaber der Erde, die mehr oder weniger von den führenden Staaten abhängig sind. Wenn eine Intervention unter der Flagge der UNO erfolgt, dann dient sie keinem übergeordneten humanem Zweck, sondern stets nur den Interessen bestimmter Mächte. Sind die desinteressiert, unterbleibt eine Intervention.

Um diese Ordnung mit Gewalt gegen nationale Befreiungsbewegungen und revolutionäre Umgestaltung zu bewahren, wird eine gewaltige und teure Militärmaschinerie unterhalten. Trotz einigen Reduzierungen kann mit dem Atomarsenal die Menschheit mehrfach ausgelöscht werden. Nach dem Zusammenbruch des

Stalinismus erfolgte generell keine Abrüstung, sondern eine Umrüstung mit dem Ziel einer weltweiten Intervention. In diesem Sinne wurden auch die Militärpakte reorganisiert.

Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei, Geheimdienste und private Überwachungsdienste abschaffen!

Armee und sämtliche Geheimdienste sind nicht nur überflüssig, sie sind ausgesprochen schädlich.

Das Argument der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie ist ganz und gar verlogen. Bei entsprechendem Kapitaleinsatz in anderen Bereichen entstehen 25% mehr Arbeitsplätze. Hinzu kommt, daß eine Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Zwecke gesamtgesellschaftlich ganz beträchtlich zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Mehrung des Wohlstands beitragen würde. Denn für uns ist nicht der private Profit in den Waffenschmieden von Bedeutung.

Zudem ist die Armee ein äußerst konservativer Faktor in der Gesellschaft. Besonders gefährlich ist sie, wenn sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen zuspitzen. Dies um so mehr, als heute die Tendenz zu einer Berufsarmee vorangetrieben wird.

Deswegen treten wir ein:

- Für uneingeschränkte gewerkschaftliche Rechte der Rekruten. Ihnen rufen wir zu: Bildet Soldatenkomitees, baut eine Soldaten-gewerkschaft auf, fordert das Recht, die Offiziere zu wählen!

- Kampf allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Bundeswehr raus aus dem ehemaligen Jugoslawien. Für die Auflösung der NATO und aller imperialistischer Militärbündnisse.

Kaum weniger gefährlich sind die Geheimdienste. Dies ergibt sich nicht nur aus der Münchner Plutoniumaffäre, sondern auch aus allen Zersetzungs- und Desinformationskampagnen, die sich besonders gegen sozialistische Organisationen und aktive gewerkschaftliche Bestrebungen richten.

Deshalb fordern wir:

- Auflösung der staatlichen Geheimdienste und der privaten Überwachungsagenturen, die eine ständige Bedrohung demokratischer Rechte sind.

- Freier Zugang zu Schnüffel-Akten und Dateien für die Betroffenen.

Zur parlamentarischen Demokratie

Die parlamentarische Demokratie bietet politische Rechte, die historisch von der Arbeiterbewegung erkämpft wurden und verteidigt werden müssen. Aber sie ist keine Demokratie im Sinne einer Herrschaft des Volkes. Es kann wählen, aber nicht entscheiden. Zudem sind dies nur Deutschen- und keine Menschenrechte, und sie gelten nur für den politischen Bereich. Das Eigentumsrecht gibt dem Kapital uneingeschränkte Entscheidungsrechte. Die Verfügung über die Arbeitskraft ist nur ansatzweise reguliert. Wirtschaftliche Entscheidungen erfolgen unkontrolliert und ausschließlich im Profitinteresse des Kapitals, obwohl diese Beschlüsse die Lebensbedingungen und letztlich die Existenz aller Menschen beeinflussen.

Es gibt keine gleichen politischen Rechte. Das Kapital finanziert Medien und Parteien. Auf die staatliche Verwaltung hat es ungleich größeren Einfluß als jedes Parlament. Der bürgerliche Staat ist keine neutrale Einrichtung über den Klassen, sondern Instrument der herrschenden Klasse. Er schafft die Bedingungen für ein reibungsloses Funktionieren der "Marktwirtschaft" und reguliert das gesellschaftliche Leben im Sinne des Kapitals. Nie wendet er sich gegen dessen grundlegende Interessen. Der gewaltige und kostspielige Staatsapparat hat jedoch ein eigenes Gewicht und darum eine gewisse Eigenständigkeit. Das Kapital herrscht, aber es regiert nicht. In seinem Interesse wird die Gesellschaft kontrolliert, jede mögliche radikale Opposition und Aktion wie Streiks und Demonstrationen bekämpft und durch Geheimdienste überwacht. Seine geballte Macht wird nach innen und außen im Interesse der Herrschenden eingesetzt. Entgegen der neoliberalen Doktrin erfordert dies einen starken und teuren Staat. Der ist Instrument der Herrschenden und kann nicht reformiert werden. Er muß durch neue demokratische Machtorgane der Massen ersetzt werden.

Die Parteien konkurrieren um die Kontrolle des Staatsapparates. Ihre tragenden Schichten bilden gemeinsam mit dem Leitungspersonal des Staates eine politische Kaste, die sich weitgehend der Kontrolle durch die Öffentlichkeit oder durch die eigene Partei entzogen hat. Alle etablierten Parteien sind Wahlvereine, deren Führungen in den Staatsapparat integriert sind oder das anstreben. In diesem Sinne geht ein starker Druck für eine "Realpolitik" aus, der auch bei den Grünen als ehemaliger Bewegungspartei nach zwei Jahrzehnten zur völligen Anpassung geführt hat. Alle Parteien können nur dank massiver staatlicher Finanzierung existieren, wodurch neun Zehntel ihrer Ausgaben bestritten

werden. Insofern haben sie ihre wirkliche Eigenständigkeit verloren, und die Parteiapparate müssen sich diesem Sachzwang anpassen. Deswegen mag radikale Opposition in diesen Parteien toleriert werden, doch immer nur so lange, wie sie einflußlos bleibt. Politische oder soziale Bewegungen und Kämpfe können seit Jahrzehnten nur unabhängig von und organisatorisch gegen die etablierten Parteien aufgebaut werden, auch wenn sie auf deren Parteibasis einwirken mögen. Bald nach dem Niedergang von Bewegungen endet auch ihre Resonanz in den Parlamentsparteien. In der Sozialdemokratie gibt es fast keine, bei den Grünen nur noch vereinzelte Kräfte, die wenigstens eine konsequente Reformpolitik anstreben.

Etablierte Opposition

Christ- und Freidemokraten sind die Interessenvertreter des Kapitals. Aber auch die SPD ist eine prokapitalistische Partei. Wo die Sozialdemokratie und die Grünen als reformpolitische Kraft aufgetreten sind mit dem Ziel, die "Marktwirtschaft" sozial und ökologisch zu gestalten, sind sie weltweit gescheitert. Selbst eine Politik der Umverteilung von oben nach unten wird von ihnen nicht einmal mehr angestrebt. Die Ablösung einer konservativen Regierung führt seit Jahrzehnten in keinem Land zu einer wesentlichen Änderung der realen Politik. Beispiele dafür waren nicht nur die Brandt- und die Schmidt-Regierung der BRD, sondern auch Mitterand, Gonzalez, Soares, Craxi, die britische Labour Party und die Demontage des "Wohlfahrtsstaates" durch die skandinavische Sozialdemokratie. Wahlalternativen sind Entscheidungen zwischen mehr oder weniger großen Übeln.

Die Sozialdemokratie wird von einer politischen Kaste getragen, die sich auf Ebene der Länder und Gemeinden in den Staatsapparat integriert hat und von dessen Interessen bestimmt wird. Im Namen des "Gemeinwohls" wendet sie sich zunehmend gegen Gewerkschaften und Sozialverbände, die ihre traditionelle Wählerbasis stellen. Sie ist längst keine Partei der arbeitenden Klasse mehr, auch wenn sie mangels einer Alternative immer noch gewählt wird.

Die Grünen mit ihrer schwachen Mitgliederbasis sind ein Wahlverein, der sich auf die lohnabhängige Intelligenz sowie Sozialberufe stützt. Sie entwickeln sich immer mehr zu einer sozialliberalen Partei, je mehr die FDP diese Positionen räumt. In langer Probezeit wurden in den Parlamenten ihre Vorschläge grundsätzlich abgelehnt und ihre Zuverlässigkeit in Landesregierungen getestet, wobei sie ihre politischen Ziele opfern mußten. Das belegt, daß es eine Illusion ist, mit ausschließlich parlamentarischen Mitteln eine fortschrittliche Politik betreiben zu können.

Die PDS ist eine reformistische, sozialistische Partei, die sich - anders als die frühere Sozialdemokratie - weder spürbar auf Teile des Staatsapparates noch auf Organisationen der Arbeiterbewegung stützen kann und der darum die Möglichkeiten einer reformistischen Praxis fehlen. In Ostdeutschland sind vor allem die sozialistische Intelligenz, starke Sektoren des alten Staats- und Politapparats und Veteranen der Aufbaujahre Mitglieder und WählerInnen der PDS. Auch junge Leute, insbesondere mit höherem Bildungsabschluß, wählen PDS - bei den Wahlen 1995 in Ostberlin immerhin 39% der 18- bis 24jährigen. Das ermöglicht ihr eine starke kommunale Verankerung. Im Westen hat die PDS sich keine eigene soziale Wählerbasis erschließen können.

Parteien und Medien im Osten können die PDS auf Grund ihrer wachsenden und stabilen Wahlergebnisse immer weniger ignorieren und ausgrenzen. Dies schafft der Partei mehr Möglichkeiten, ihre Politik über die Parteimedien hinaus verbreiten zu können. Die parlamentarischen Spielräume für ihre reformerische Politik bleiben aber gering, weil die kommunale Selbstverwaltung insbesondere durch finanzielle Kürzungen immer weiter ausgehöhlt wird. So können oft nur punktuelle Erfolge (soziale Tarife für städtische Einrichtungen und im Öffentlichen Personennahverkehr, Erhalt kultureller Einrichtungen und Kindergärten usw.) erzielt werden.

Mobilisierungsversuche der PDS, besonders zu ostdeutschen Themen wie Mietanpassung, Bischofferode oder § 218 bleiben oft stecken, sobald die Herrschenden den Protesten mit Kompromissen die Spitze abbrechen oder sie an der resignativen Stimmung weiter Teile der ostdeutschen Bevölkerung scheitern. Ihr Einfluß auf radikale Bewußtseinsbildung wird sich daher in Grenzen halten.

Einzig die Gewerkschaften könnten eine unabhängige Kraft für die Vertretung der Interessen der Werktätigen sein. Sie waren in der Geschichte das wichtigste Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Klasse trotz all ihrer politischen Unterschiede zu vertreten. Sie waren ein Instrument der ArbeiterInnen, um sich solidarisch gegen Willkür, Ausbeutung und Entrechtung zu wehren. Jedes Recht mußte mühsam erkämpft werden.

Mit der Aushöhlung aller Rechte sollen die Werktätigen der Willkür des Marktes schutzlos ausgeliefert werden. Darum ist eine starke, kämpferische Einheitsgewerkschaft Voraussetzung für die wirksame Verteidigung der Interessen der Arbeitenden. Diesen Anforderungen werden der DGB und die Einzelgewerkschaften gegenwärtig nicht gerecht. Sie sind stark bürokratisiert und stützen sich auf den hauptamtlichen Apparat und die freigestellten Betriebs- und Personal-

räte, die vorrangig an der Sicherung ihrer Privilegien und hohen Gehälter interessiert sind. Das und ihre politische Anpassung an die herrschende Ideologie macht sie zumindest anfällig für die Logik des Kapitals, dessen Politik sie oft "sozialverträglich" absichern. Arbeitsplätze und soziale Rechte werden nicht konsequent verteidigt, meist sogar mit sozialpartnerschaftlichen Illusionen kampfflos preisgegeben. Insbesondere vertreten die Gewerkschaften und die meisten Betriebsräte kaum die Interessen der AusländerInnen, der Frauen, der Jugend und generell der Unterschichten der arbeitenden Klasse.

In Ostdeutschland sind die DGB-Gewerkschaften ein importierter Apparat, der noch mehr als im Westen die Basis kontrolliert. Generell werden die Interessen der Erwerbslosen und BezieherInnen von Sozialeinkommen praktisch ignoriert, die folglich keine organisierte Interessenvertretung haben. Konsequente GewerkschafterInnen können - anders als in den Parteien - jedoch aktiv werden. Es gilt, durch die Organisation klassenkämpferischer Kräfte die Gewerkschaften zu einer wirksamen Gegenmacht der Werktätigen zu machen.

Radikale Opposition

Gesellschaftskritisches und sogar elementar antikapitalistisches Bewußtsein ist immer noch verbreitet. Doch die radikale linke Opposition ist heillos zersplittert, politisch weitgehend handlungsunfähig und darum einflußlos. Sie kann das Massenbewußtsein kaum beeinflussen, obwohl sie zahlenmäßig immer noch ein beachtliches Potential darstellt - aber eben nur ein Potential.

Vergangene Niederlagen haben viele demoralisiert. Die meisten haben auch politische und moralische Überzeugungskraft und Selbstsicherheit verloren, weil sie für die Freiheit überall eintraten, nur nicht im Stalinismus, und darum von der Geschichte bestraft wurden. Teils waren sie wie die ostdeutsche Bürgerrechtsbewegung auch Opfer ihrer unrealistischen Erwartungen. Sie haben weder Perspektive noch Theorie oder Programm und folglich keine Strategie. Darum zerfallen Organisationen, weil sie überflüssig oder lästig erscheinen. Ein Teil stellt die bisherige Überzeugung als unzeitgemäß zurück und geht in großen Organisationen auf wie der PDS oder in der Betriebsarbeit und in den Gewerkschaften. Andere ziehen sich in die Nischen lockerer Arbeitszusammenhänge und Projekte zurück. Bis auf unbelehrbare sektiererische Kerne ist immerhin die frühere Feindseligkeit zwischen linken Organisationen zumindest der Bereitschaft zur grundsätzlichen Kooperation und Solidarität gewichen. Durch dieses radikale Potential werden immer noch die meisten

Demonstrationen und Initiativen getragen und damit eine gewisse Kontinuität gesichert. Doch aus diesem Milieu wird durch Umgruppierungen kaum eine starke Kraft werden können. Fusionen bestehender Organisationen mögen nützlich sein. Sie werden jedoch nur kleine Gruppen ein wenig größer machen, nicht aber die allgemeine Schwäche überwinden.

Nach aller historischen Erfahrung kann eine radikale Alternative mit Massenunterstützung nicht durch Zusammenfassung zersplitterter Kräfte oder Bekehrung etablierter Organisationen, sondern nur in Kämpfen von Massenbewegungen entstehen. Politisch nützlich sind nur Organisationen, die das durch praktische Arbeit an der Basis, durch analytische und programmatische Klärung sowie Sammlung eines erfahrenen und kollektiv handelnden Kaders vorbereiten.

Genau das wollen wir in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung leisten. Wir erwarten, daß sich in der nächsten Zukunft soziale und politische Auseinandersetzungen verstärken werden und nicht zuletzt von einer sich radikalierenden Jugend getragen werden. Wir wollen deshalb in die Bereiche Betrieb und Jugend die Schwerpunkte unserer Arbeit legen.

Klassenkampf und Solidarität

Durch die Politik des sozialen Kahlschlags, durch Lohnsenkungen, Entlassungen und Deregulierung der Arbeitsbedingungen wird ein konsequenter Klassenkampf von oben geführt. Die sozialpartnerschaftlich orientierten Kräfte antworten darauf mit Angeboten zur Verständigung. Das führt faktisch zu einem kampflosen Rückzug und zu ständigen Zugeständnissen, mit denen die Solidarität der Betroffenen aufgelöst wird. Wer im Betrieb Entlassungen zustimmt, kann solidarischen Widerstand nicht mehr organisieren, weil ein Teil der Belegschaft geopfert wird. Die konsequente Verteidigung der Rechte der arbeitenden Klasse gegen das Kapital ist Grundlage und Zentrum jeder revolutionären Politik.

Die Alternative zur neoliberalen Wirtschaftspolitik mißt sich an den folgenden Punkten:

- Statt Profit Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.
- Umverteilung von oben nach unten - die Reichen sollen zahlen.
- Internationale Solidarität statt Konkurrenz.

Darum treten wir ein:

- Für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und zwar so lange, bis alle Menschen Arbeit haben.

Nur bei einem drastisch verkürzten Arbeitstag werden die Menschen auch die Zeit, Muße und Energie haben, sich um gesellschaftliche und politische Belange zu kümmern. Der 1984 erkämpfte Einstieg in eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung droht heute völlig umgekehrt zu werden. Aufgrund sinkender Reallöhne und einer wachsenden Zahl ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse nehmen Zweit- und Drittjobs zu. Die reale Arbeitszeit verlängert sich bei gleichzeitiger Zunahme der Ausgegrenzten, der Langzeiterwerbslosen und der Menschen in bitterster Not.

Selbst bei vorsichtigen Schätzungen kann man heute davon ausgehen, daß bei einer Verteilung der Arbeit auf alle Hände, bei einer gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und einer Abschaffung jeglicher schädlicher und destruktiver Produktion (vorneweg der Rüstung) selbst bei einer Wochenarbeitszeit von höchstens 25 Stunden der Lebensstandard in der BRD nicht zu sinken bräuchte. Von daher ist der Kampf für eine sofortige Durchsetzung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich mehr als überfällig.

- Gegen Flexibilisierungen und für das freie Wochenende, überall dort, wo dies technisch möglich ist.

- Für die Stärkung der Gewerkschaften als Mittel zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen. Für den Aufbau einer klassenkämpferischen Strömung und die Abschaffung der Privilegien von hauptamtlichen FunktionärInnen in Gewerkschaften und Betriebsräten, für die Reduzierung ihrer Gehälter auf das Durchschnittseinkommen, die Öffentlichkeit von Tarifverhandlungen und die Kontrolle durch die Mitgliedschaft.

Diese Ziele sind nur durch Kämpfe und konsequente Gewerkschaften zu erreichen. Wirksam in Kämpfen ist allein die direkte Aktion von Massen. Nutzlos ist der Appell an den guten Willen der Kapitalisten. Sie geben nur, was ihnen abgetrotzt werden kann - durch Streiks unter dem Schutz von massenhaften Streikposten und Betriebsbesetzungen. Wo immer es zum Konflikt kommt, gilt es die Solidarität zu organisieren.

Soziale Rechte sind Menschenrechte

Statt sich in die Standortlogik einzufügen, muß die Klasse der Lohnabhängigen nach unserer Überzeugung einen konsequenten Kampf zur Verteidigung des eigenen Lebensstandards aufnehmen. Ein Akzeptieren der neoliberalen Politik der Senkung der Lohnkosten würde die weltweite Spirale nach unten nur noch weiter antreiben und vor allem die Erwerbslosigkeit bundesweit und international nur noch zusätzlich erhöhen. Wir treten deswegen für eine abgestimmte internationale Politik der Gewerkschaften ein.

Aber die kann beim heutigen Stand der Bürokratisierung vor allem in der BRD nicht von oben verkündet werden. Sie muß von unten entstehen und auf konzernweiter europäischer, soweit möglich auch weltweiter Zusammenarbeit betrieblicher Kollektive beruhen und auf konzernübergreifende, branchenweite Mobilisierungen orientieren.

Wir setzen uns ein für:

- Ein Mindesteinkommen von heute 2200,- DM netto, gekoppelt an die Steigerung der Lebenshaltungskosten. Deswegen: Preisgleitklauseln in alle Tarifverträge, um eine regelmäßige (z. B. vierteljährliche) Anhebung der Löhne gemäß der Steigerung der Lebenshaltungskosten zu garantieren. Alle anderen Einkommen, außer denen der Reichen, müssen auf die gleiche Weise vor der Teuerung der Lebenshaltungskosten geschützt werden.

- Bis zur Durchsetzung völliger gesellschaftlicher Gleichstellung fordern wir eine starke Progression der Besteuerung aller Einkommen über 10 000 DM monatlich.

- Eine einheitliche Krankenversicherung für alle ohne Pflichtobergrenze.

- Humanisierung der Arbeit: Gegen den Raubbau an der Arbeitskraft Kontrolle des Arbeitstempos und der Umweltbelastung durch die Betroffenen.

Gleiche soziale Rechte für alle:

- Beseitigung der diskriminierenden Tarife für Frauen, ImmigrantInnen und Ungelernte auf Kosten jener, die mehr als das doppelte Durchschnittseinkommen erhalten.

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Geschützte Arbeitsverhältnisse für alle.
- Wohnrecht für alle durch Vergesellschaftung des Bodens und der Mietwohnungen, Kostenmiete ohne Bankprofite.
- Auflösung der kapitalistischen Machtzentren durch Enteignung der Banken, der Rüstungs- und der Großindustrie. Demokratische Planung der Wirtschaft.

Verteidigung und Durchsetzung der demokratischen Rechte

Freiheit und Gleichheit in der BRD existieren nur beschränkt. Selbst die Verfassung wurde verfügt und nicht durch eine allgemeine Abstimmung angenommen. Die letzte Entscheidung liegt nicht beim Volk. Die revolutionären SozialistInnen verteidigen grundsätzlich die demokratischen Rechte und die Opfer der Repression, sie treten für die Gleichheit aller und demokratische Selbstverwaltung ein.

Darum:

- > **Wahlrecht für alle. Wer ständig im Lande lebt, soll auch entscheiden können. Das Wahlrecht ist an gleiches Bürgerrecht für alle zu knüpfen, und jede Diskriminierung ist zu beseitigen.**
- > **Demokratische Selbstverwaltung durch gewählte Strukturen mit eigenen Entscheidungsbefugnissen für Bildungsstätten und Wohnsiedlungen, Übertragung von Kontroll- und Vetorechten auf Betriebs- und Personalräte.**
- > **Einführung der Volksabstimmung in Grundsatzfragen.**
- > **Beseitigung jeder Diskriminierung sexueller Minderheiten, rechtliche und soziale Gleichstellung aller Lebensformen.**
- > **Aktiver Kampf gegen Faschismus und Rassismus, vor allem durch Organisierung der Betroffenen und der Selbstverteidigung.**
- > **Trennung von Religion und Staat. Überführung der öffentlich finanzierten kirchlichen**

Sozialeinrichtungen in öffentliches Eigentum bei Selbstverwaltung der Beschäftigten. Abschaffung des Religionsunterrichtes in Schulen.

> **Freier Zugang zu allen Ausbildungsgängen und existenzsichernde Stipendien. Förderung von Wissenschaft und Technik im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung statt des Kapitals.**

> **Gleiche Rechte - gegen Vorrechte auf allen Gebieten, Aufhebung des Beamten- und Richterprivilegs.**

> **Demokratisierung der Medien durch Überführung aller Großunternehmen, Rundfunk- und Fernsehanstalten in öffentliches Eigentum, freier Zugang für Organisationen der Arbeiterbewegung und für demokratische Initiativen.**

Für eine sozialistische Räte-demokratie

Im Kapitalismus werden immer wieder unmittelbare Forderungen erhoben, wie etwa die Sicherung der Reallohne oder die Verteidigung demokratischer Rechte. Selbst wenn große Massen für solche Sofortforderungen eintreten, stellen sie doch an keinem Punkt das bestehende System in Frage. Die herrschende Klasse verfügt über eine Vielzahl von ideologischen und wirtschaftlichen Instrumenten, um zeitweilige politische und soziale Zugeständnisse an die Unzufriedenen zu machen. Selbst erfolgreiche Kämpfe der arbeitenden Klasse, bei denen soziale Standards oder Lohn-erhöhungen durchgesetzt werden, können unter kapitalistischen Bedingungen wieder aufgehoben werden, wenn z.B. Steuererhöhungen oder Inflation die Erfolge des Kampfes auffressen.

Revolutionäre SozialistInnen unterstützen alle Kämpfe für unmittelbare politische, soziale und wirtschaftliche Forderungen der Arbeiterklasse, so begrenzt sie auch sein mögen. Der Kampf für Übergangsforderungen radikalisiert nicht nur die unmittelbaren Tagesforderungen, sondern ermöglicht einen revolutionären Sturz des Kapitalismus. Radikale oder konsequente Losungen der Kämpfe nehmen wir auf, wollen darüber hinaus aber Übergangsforderungen entwickeln. Übergangsforderungen sind kein Wunsch-katalog, sondern knüpfen an grundlegenden Bedürfnissen an und stellen Ziele auf, die mit dem Sachzwang und der Lo-

gik des Systems brechen und eine Strategie zu ihrer Verwirklichung aufzeigen.

Unser Ziel ist eine weltweite, klassenlose Gesellschaft, in der es keine private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel gibt und in der der Staat abgestorben ist. Solche Ziele sind erst nach einer politischen, sozialen und kulturellen Revolution realisierbar. Man kommt ihnen keinen Schritt näher, wenn sie nur propagiert werden.

Menschen sind erzogen, alles Gute von wohlmeinenden Herrschenden zu erwarten, denen sie im Betrieb ausgeliefert sind, denen sie in der Politik vertrauensvoll ihre Stimme geben sollen. Verbesserungen oder auch nur die Verteidigung von Rechten sind auf die Dauer nur durch die Aktion von Massen möglich. Erst wenn sich diese Einsicht verbreitet, steht die Abschaffung des Kapitalismus auf der Tagesordnung.

Unser Ziel ist darum, die Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Schichten sowie den Aufbau von Massenbewegungen und deren Machtorganen zu fördern. Da nur relativ wenige Menschen aus Einsicht in die Notwendigkeit handeln, sondern vor allem aus eigenen Erfahrungen lernen, sind Massenbewegungen Voraussetzung jeder wirklichen Umgestaltung. In diesem Sinne sind Reformen notwendige Teilerfolge, die nicht nur Lebensbedingungen verbessern, sondern auch selbstverwaltete Machtpositionen schaffen. Das bedingt die selbstverantwortliche Organisation der Betroffenen. Statt fruchtloser Appelle an die Einsicht der Mächtigen und Verhandlungen, setzen wir auf militante Aktionsformen wie Massenstreiks, Betriebsbesetzungen, ziviler Ungehorsam und brechen mit den von der Obrigkeit vorgegebenen Formen der Auseinandersetzung. Darum sagen wir, was ist, und versuchen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erklären.

Wir rufen allen zu: Wehrt Euch, leistet Widerstand, übt Solidarität! Heute greifen Staat und Kapital diese, morgen jene an. Betroffen sind letztlich aber alle, und darum muß der Widerstand aller aufgebaut werden. In diesem Sinne sind wir für eine starke, demokratische und kämpferische Einheitsgewerkschaft, die auch die Erwerbslosen und BezieherInnen von Sozialeinkommen organisiert und sich zum Beispiel mit den Kämpfen der Auszubildenden und Studierenden verbindet. Wir wollen eine Räte-demokratie, in der auf allen Ebenen der Gesellschaft

- in Betrieb, Wohnviertel, Bildungsstätten
- die Betroffenen durch Räte ihre Angelegenheiten selbst verwalten. Die Räte-demokratie beginnt von Anfang an mit mehr Freiheiten als die fortschrittlichste bürgerliche Demokratie. Sie beschränkt sich vor allem nicht auf politische Freiheiten, sondern schafft deren soziale Voraussetzungen: Erfüllung der Lebensbedürf-

nisse, Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung und freie Zeit für die persönliche Entfaltung - so weit es der Stand der Produktivkräfte erlaubt. Die Räte-demokratie ermöglicht auch die Beseitigung jeder Diskriminierung aufgrund der Herkunft, des Geschlechts, des Alters oder der Behinderung. Wir wollen die Befreiung aller Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung, von Entfremdung und Gewalt.

Darum arbeiten wir für die Schaffung und den Ausbau von demokratischen Machtorganen wie Betriebsräten, von echten Selbstverwaltungsorganen in Bildungsstätten oder Wohnvierteln. Ein wichtiges Mittel für den Kampf ist die Bildung von Aktionseinheiten, zu denen sich alle aktiven Organisationen und Initiativen für gemeinsame Forderungen bei Achtung ihrer politischen Eigenständigkeit zusammenfinden.

Eine politische Organisation ist nur nützlich, wenn sie sich an Kämpfen beteiligt. Sie kann sich letztlich nur in Bewegungen und Kämpfen aufbauen. Auch die Zersplitterung wird nur durch Zusammenarbeit überwunden werden.

In diesem Prozeß kann eine Sozialistische Arbeiterpartei als kämpfende Massenorganisation aufgebaut werden. Zu diesem Zweck werden wir uns an fortschrittlichen Bewegungen und Kämpfen beteiligen.

Aufbau einer revolutionären Organisation

Unser Ziel als RevolutionärInnen ist es, durch unsere Aktivität und Propaganda, in Kämpfen und Bewegungen unsere Organisation aufzubauen. Wir wissen, daß dies in den nächsten Jahren eine mühselige Arbeit sein wird.

Einzelne können politisch aktiv werden. Doch die politische Erfahrungen auswerten, eine Strategie und politische Alternative entwickeln, Aktionen organisieren und langfristig zielgerecht arbeiten ist nur in einer Gemeinschaft möglich. Die revolutionäre Organisation ist die Voraussetzung langfristiger politischer Arbeit, die Bedingung für die persönliche Entfaltung politisch handelnder Menschen und Ausbildung von Aktiven. In ihr sollen die Freiheit der Diskussion bis hin zur Bildung von politischen Plattformen und Fraktionen, die Rechenschaftspflicht und Abwählbarkeit aller Gewählten selbstverständlich sein. Nach außen aber existiert das Prinzip der Einheit in der Aktion.

Wir bauen eine internationale revolutionäre Organisation auf, weil wir denken, daß nur dies konsequent ge-

lebter Internationalismus ist. Darum sind wir überstaatlich Teil der IV. Internationale. Es ist unmöglich, auf den nationalen Rahmen beschränkt eine angemessene Sichtweise des Klassenkampfes zu haben. Der Ausgang von Klassenauseinandersetzungen in einem Land beeinflusst das Kräfteverhältnis in anderen. Internationale Koordination und Mobilisierung sind die einzig erfolgversprechenden Antworten der Arbeiterklasse. Nur die Teilnahme am Leben einer internationalen revolutionären Organisation ist Voraussetzung dafür, der verzerrenden nationalen Sichtweise zu entgehen. Eine revolutionäre Internationale ist deshalb mehr als eine Summe nationaler revolutionärer Gruppen.

Die IV. Internationale wurde 1938 zur Verteidigung des Programms der internationalen sozialistischen Revolution gegründet. Sie setzt auf die Selbstorganisation

und Selbsttätigkeit der arbeitenden Klasse und deren internationale Solidarität. Kein Kampf kann dauerhaft isoliert in einem Land gewonnen werden, keine nicht-kapitalistische Übergangsgesellschaft in feindlicher Umwelt überleben. Wir sind Teil der IV. Internationale, weil die arbeitenden Klassen aller Länder den gleichen Feind haben - das international verbundene Kapital.

Wir wollen mit unserer Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Aufbau einer revolutionären Massenbewegung leisten. Wir sehen in der arbeitenden Klasse die eigentliche gesellschaftsverändernde Kraft, denn die Befreiung der ArbeiterInnen kann nur das Werk der ArbeiterInnen selbst sein. Vereinen wir unsere Kräfte, kämpfen wir im Geiste des revolutionären Internationalismus!

ProletarierInnen aller Länder vereinigt (vernetzt) Euch!



**Programm des
RSB / IV. Internationale**